Presseinformation

Nr. 26.355

12.11.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – Ein landesweites Azubi-Ticket für Schleswig-Holstein

Dazu sagt die mobilitätspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Nelly Waldeck:**

Azubiticket zum Erfolgsmodell machen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,

bei steigenden Deutschlandticketpreisen werden gezielte Entlastungen für Menschen ohne viel Einkommen umso wichtiger. Das sind sehr oft junge Menschen, ob in Studium, Schule, Ausbildung oder Freiwilligendienst. Was wir an dieser Stelle in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, kann sich deswegen wirklich sehen lassen.

Wir haben ein Ticket für FSJler*innen eingeführt, ein Jobticket, das auch für Azubis nutzbar ist, und ein landesweites Bildungsticket auf den Weg gebracht. Damit gibt es für alle Azubis ein vergünstigtes Angebot für ein Deutschlandticket. Mit Arbeitgeber können sie das Jobticket nutzen, ohne das Deutschlandschulticket.

Die Realität ist aber leider noch eine andere. Nur ein Bruchteil der Auszubildenden profitiert vom Jobticket. Und das nicht, weil sie nicht Bus und Bahn fahren. Im Gegenteil, die Befragung der 4000 Auszubildenden hat sogar ergeben, dass über 40 Prozent regelmäßig mit Bus und Bahn zur Arbeit fahren.

Woran liegt also die geringe Inanspruchnahme? In meinen Augen liegt es daran, dass die Angebote zu unbekannt sind, unter Azubis aber insbesondere auch unter ihren Arbeitgebern. Ich erinnere mich an eine Ausschusssitzung bei der Handwerkskammer in Flensburg, niemand kannte das Ticket auf Nachfrage überhaupt. An anderen Stellen ähnlich.

Und das ist auch nachvollziehbar. Das Azubiticket ist kompliziert, weil es verschiedene Tickets für verschiedene Formen der Ausbildung gibt und es relativ neu ist. Deswegen ist es wichtig, daran zu arbeiten, dass das Angebot bekannter und noch einfacher nutzbar wird. Dafür machen wir heute konkrete Vorschläge.

Vor allem aber muss sich eine Kultur etablieren, in der alle Azubis das Ticket direkt zum Start ihrer Lehre angeboten bekommen. Viele trauen sich nicht, direkt nach Zusatzleistungen zu fragen. Viel einfacher wäre es, wenn es zum Standard wird, dass Azubis zum Start ihrer Ausbildung gefragt werden, ob sie ein Jobticket benötigen. Dafür schlagen wir vor, gemeinsam mit den Akteuren, sei es IHK, Handwerkskammer oder Gewerkschaften, darauf hinzuarbeiten, dass Azubitickets zum Standardangebot werden.

Die SPD schlägt heute vor, dass wir uns von der verpflichtenden Arbeitgeberbeteiligung verabschieden und allen aus Landeskasse die Tickets finanzieren. Arbeitgeber dürfen sich beteiligen, das wäre in dieser Form aber immer freiwillig. Ich finde, vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der konkreten Suche nach Auszubildenden ist ein monatlicher Beitrag von 15 bis 30 Euro für ein Ticket durchaus vertretbar. Und wenn ich Gespräche führe, wird mir auch nicht gespiegelt, dass es daran scheitert. Für die Auszubildenden kann das Ticket im aktuellen Modell günstiger werden als mit 20 Euro Zuschuss vom Land.

Nun mag die SPD sagen, dann geben wir eben noch mehr Geld von Landesseite dazu. Aber mal ehrlich, wir reden von 40.000 dualen Auszubildenden. Wir müssen bei 20 Euro Zuschuss schon circa zehn Millionen Euro einkalkulieren. Wenn wir Auszubildenden mit Gehalt aber einen höheren Zuschuss als 20 Euro zahlen, müssen wir auch den Zuschuss für Schüler*innen erhöhen und einen Zuschuss zum Semesterticket einführen, zumindest nach meinem Gerechtigkeitsverständnis. Und ich kann aktuell nicht sagen, wo das zusätzliche Geld herkommen soll. Wir freuen uns auf die Haushaltsanträge der SPD-Fraktion, vielleicht ist ja ein guter Vorschlag dabei.

Als das Ticket für Freiwilligendienstleistende eingeführt wurde, standen wir genau vor dieser Frage. Können wir den FSJler*innen ein günstigeres Ticket ermöglichen und die Einsatzstellen mit in die Pflicht nehmen. Und jetzt sehen wir wenige Jahre später, dass das funktioniert! Über 1000 von 3000 Freiwilligendienstleistenden im Land haben ein solches Ticket. Die Einsatzstellen finanzieren es nicht nur, sie werben damit für neue Freiwilligendienstleistende. Genau so soll es laufen.

Und genau diesen Weg wollen wir auch mit dem Azubiticket gehen. Ich stelle mir eine Website mit übersichtlicher Darstellung der Möglichkeiten für Auszubildende vor, Kampagnen, in die Arbeitgeber mit einbezogen werden, und Marketing, das auf Azubis abzielt, statt auf die Tarifprodukte selbst. Dann bin ich sicher, können wir das Azubiticket ebenso zum Erfolgsmodell machen. Ich bitte deswegen um Zustimmung zu unserem Alternativantrag.

Vielen Dank.

***

Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503

M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de